



Wo bleibt das Geld für die Behinderteneinrichtungen in Sachsen-Anhalt?

Bericht: Andreas Rummel

Kamera: Markus Janssen

Schnitt: Jörg R. Müller

Ein Therapiebad der Behindertenhilfe in Quedlinburg. Hier werden normalerweise Kinder ans Wasser gewöhnt – Kinder mit und ohne Einschränkungen. Und auch die Bewohner der Behinderteneinrichtung nutzen das Bad. Doch seit Januar ist es nicht mehr in Betrieb. Bereichsleiterin Peggy Menzel und Geschäftsführer Andreas Löbel zogen die Reißleine – weil die Kosten überall steigen und die Finanzierung für das laufende Jahr immer noch unklar ist.

Peggy Menzel: „Wie steht es mit den Verhandlungen?“

Andreas Löbel: „Es sieht schlecht aus. Zurzeit stagniert alles!“

300 Menschen mit Beeinträchtigung leben in den Einrichtungen der Lebenshilfe Harzkreis-Quedlinburg und arbeiten in Werkstätten wie dieser, wo Papier und Pappe zum Beispiel zu Klemmbindern verarbeitet werden. Die Finanzierung erfolgt durch das Land Sachsen-Anhalt, dem Kostenträger der sogenannten Eingliederungshilfe. Doch selbst jetzt, im März, ist immer noch offen, ob die Einrichtungen die höheren Kosten wirklich finanziert bekommen, denn für 2023 gibt es noch keine Einigung mit dem Land.

Andreas Löbel, Lebenshilfe Harzkreis-Quedlinburg

„Es ist schon eine dramatische Situation. Also uns fehlen für das Jahr 2023, also über eine Million Euro an unserem Haushalt, was sich aus Tarifen, Kerninflation und natürlich aus der Energiesituation herausgestellt hat.“

An diesem Tag ist die Geschäftsführerin des Spitzenverbandes, des Paritätischen, hierhergekommen. Sie weiß, dass viele Einrichtungen der Behindertenhilfe in Sachsen-Anhalt in einer ähnlichen Situation sind. Energie, Lebensmittel, Rohstoffe – alles ist erheblich teurer geworden. Die Angebote des Landes zum Ausgleich dieser Kostensteigerungen vom Dezember waren in den Augen des Verbandes viel zu gering.

Antje Ludwig, Landesgeschäftsführerin Der Paritätische Sachsen-Anhalt

„Wir haben ausgerechnet, dass wir 8,1 Prozent benötigen. Das entspricht auch den Berechnungen von Wirtschaftsinstituten. Diesen Vorschlag haben wir gemacht. Das wäre eine Steigerung von 8,1 Prozent brauchen, um unseren Bedarf in Zukunft sichern zu können. Das Land hat weniger als die Hälfte, nämlich 3,9 Prozent angeboten. Das war für uns nicht



akzeptabel, weil wir einfach damit wahrscheinlich nicht über nicht alle Einrichtungen über die Runden kommen werden.“

Kritik kommt nicht nur von Wohlfahrtsverbänden, sondern auch von kommunalen Einrichtungen. Die Paul-Riebeck-Stiftung ist eine der großen in Sachsen-Anhalt. Rund 230 Menschen mit Beeinträchtigungen werden von der Stiftung betreut.

Pflegerin: „Du machst die Wolle für den Hasen. Du filzt die Wolle für den Hasen. Welche Farbe wird der haben?“

Bewohnerin: „Weiß. Und die schwarzen Augen. Braun.“

Auch bei der Stiftung sieht man die bisherigen Verhandlungen mit dem Land als gescheitert an. Und weist das Argument des Landes zurück, es habe ja im vergangenen Sommer eine zusätzliche Erhöhung um 6,6 Prozent gegeben. Die, sagen die Leistungsanbieter, sei längst aufgebraucht worden – unter anderem durch den gestiegenen Mindestlohn.

Kai-Lars Geppert ist bei der Paul-Riebeck-Stiftung zuständig für Menschen mit Behinderungen.

Kai-Lars Geppert, Paul-Riebeck-Stiftung, Halle

„Die Kostensteigerungen, die im vergangenen Jahr zugestanden wurden, sind in der Zwischenzeit verbraucht. Unsere Kostensteigerungen liegen bei zehn Prozent und mehr. / Bei uns in der Paul-Riebeck-Stiftung sind das in der Zwischenzeit von Mindereinnahmen von etwa 75.000 Euro.“

Frage: „Pro Monat?“

Geppert: „Pro Monat.“

In Sachsen-Anhalt ist die in Halle angesiedelte Sozialagentur die zuständige Behörde, die im Auftrag des Sozialministeriums mit den Leistungserbringern – also Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Einrichtungen und privaten Trägern – über die nötigen Geldmittel für die Eingliederungshilfe verhandelt. Kommt es zu keiner Einigung, können die Beteiligten eine Schiedsstelle anrufen. In der sitzen je drei Vertreter des Landes und der Leistungserbringer. Außerdem ein unparteiischer Vorsitzender.

Die Paul-Riebeck-Stiftung ist vor diese Schiedsstelle gezogen, genauso wie die Lebenshilfe Harzkreis-Quedlinburg. Insgesamt sind mehr als 700 Verfahren bei der Schiedsstelle anhängig. Doch offenbar kommt man dort mit der Bearbeitung nicht hinterher.



Antje Ludwig, Der Paritätische

„700 Verfahren im Bereich der Eingliederungshilfe, das stapelt sich regelrecht! Das ist einfach für uns eine unerträgliche Situation, weil wir nicht wissen: Wann kommt der Schiedsspruch? In der Zwischenzeit müssen wir eine Vorfinanzierung bringen, müssen den Antrag an die Schiedsstelle stellen, der ist kostenpflichtig – es ist einfach eine Situation, die für uns so nicht akzeptabel ist, weil sie keine Perspektive wirklich aufzeigt!“

Wir haben das Sozialministerium in Magdeburg gefragt, wie die stockenden Verhandlungen mit den Leistungsanbietern zu erklären sind. Und wie es zu 700 Schiedsstellenverfahren kommen kann. Ein Interview gibt es nicht, schriftlich heißt es: Es „... besteht durch das kumulierte Aufkommen von Einzelverhandlungen, quasi auf einmal, ein Bearbeitungsstau, da die Verhandlungen natürlich nur sukzessive erledigt werden können. ...“

Weiter heißt es, die im Sozialgesetzbuch vorgegebene Konstruktion der Schiedsstellen „...lässt eine Fallerledigung durch Schiedsstellenentscheidungen nur in überschaubarem Umfang zu. Die Verhandlungsparteien selbst sind aufgerufen, eigenverantwortlich und kompromissbereit Verhandlungsergebnisse zu erzielen.“

Die Abgeordnete Nicole Anger von der Linkspartei ist Mitglied im Sozialausschuss des Landtages. Sie hat parlamentarische Anfragen zur Arbeitsbelastung und zu offenen Verfahren bei der Schiedsstelle ans Ministerium gestellt. Ihre Analyse ist eindeutig.

Nicole Anger, Die Linke, Landtagsabgeordnete

„Das ist aus meiner Sicht das fortgesetzte Systemversagen, was durch die Sozialagentur hervorgerufen wird. Die Sozialagentur schafft es nicht, im vorgegebenen Zeitraum von drei Monaten, die Vergütungsvereinbarungen zu einen mit den Leistungsträgern. Da werden Prozesse ausgesessen, da wird nicht kommuniziert, da fehlen Eingangsbestätigung für Anträge und so weiter – so dass man gar nicht weiß, was passiert denn gerade hinter der Tür der Sozialagentur?“

Je länger sich der Streit mit der Sozialagentur hinzieht, desto schwieriger wird es für die Einrichtungen. Denn die höheren Kosten müssen irgendwo eingespart werden.

Nicole Anger, Die Linke, Landtagsabgeordnete

„Das können dann mitunter Freizeitangebote sein: dass ich weniger Teilhabe-Möglichkeiten den Menschen anbieten kann – um eben sozusagen die Basics abzusichern. Ich muss Einsparungen erbringen: und dann sind zum Beispiel Ausflüge



nicht mehr drinne! Weil ich das Geld für den Ausflug eher einsparen kann als das warme Bad, oder die Heizung, oder die Lebensmittel einzukaufen!“

Gekürzte Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen sind schwer zu akzeptieren. Zumindest der Sozialausschuss des Landtages hat uns mitgeteilt, das Thema sei auf der Tagesordnung.